

Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt
Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

LAGF
Landesarbeitsgemeinschaft der
Familienverbände
Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie
Sachsen-Anhalt e.V.
Leibnizstr. 4
39104 Magdeburg

**Die Linke Landesverband
Sachsen-Anhalt**

Landesgeschäftsführer

Jan Röttschke
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg

Telefon: 0391 7 32 48-41
Telefax: 0391 7 32 48-48
lgf@dielinke-lsa.de
www.dielinke-lsa.de

Deutsche Bank AG

DE09 8107 0024 0118 825901
DEUTDEDBMAG

Magdeburg, 19. Juni 2026

Antworten an die LAGF Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,
mit diesem Brief möchten wir Ihnen gerne Ihre Fragen beantworten:

1. Gleichwertige Lebensverhältnisse/ ländlicher Raum

- **Mit welchen Strategien wollen Sie dem demografischen Wandel aktiv begegnen und lebenswerte Perspektiven für alle Generationen in Sachsen-Anhalt sichern?**

Den demografischen Wandel begreifen wir als gestaltbare Chance. Unsere Strategie ist eine umfassende Stärkung der öffentlichen Infrastruktur (Daseinsvorsorge), um das Land sowohl für eine alternde Bevölkerung als auch für junge Familien und Zuziehende attraktiv zu machen. Die Linke will Familien durch kostenfreie Bildung, bezahlbaren Wohnraum und eine verlässliche soziale Infrastruktur im Land halten und neue anziehen.

Um dem demografischen Wandel zu begegnen, setzen wir auf eine umfassende Entlastung von Eltern und die Stärkung von Kinderrechten. Elternbeiträgen für die Kinderbetreuung in Krippen, Kitas und Horts wollen wir abschaffen. Jedes Kind an Grund- und weiterführenden Schulen soll ein gesundes, landesweit finanziertes Mittagessen ohne Zuzahlung der Eltern erhalten. Alle Arbeitshefte, Tablets und Schulbücher müssen vom Land gestellt werden. Der gesamte Weg zur Schule und zu Freizeitaktivitäten muss für Kinder und Jugendliche im ÖPNV ticketfrei sein.

Über eine neu zu gründende, landeseigene Wohnungsbaugesellschaft sollen gezielt bezahlbare 4- und 5-Raum-Wohnungen gebaut und saniert werden. Gefördert werden Wohnprojekte, die Barrierefreiheit für Großeltern mit Spielflächen und kurzen Wegen für Enkelkinder verknüpfen.

Die Zahl der Kinder pro Erzieher*in in den Kitas soll gesetzlich gesenkt werden. Schulen sollen zu voll ausfinanzierten Ganztagschulen ausgebaut werden, die Hausaufgabenbetreuung und Freizeitangebote am Nachmittag garantieren. An jeder Schule in Sachsen-Anhalt muss dauerhaft mindestens eine Stelle für Schulsozialarbeit staatlich finanziert sein.

Familien benötigen lebendige Nachbarschaften und schnelle Hilfe in Krisen. Lokale Bündnisse, Erziehungsberatungsstellen und Familienhäuser müssen dauerhaft vom Land statt über befristete Projekte finanziert werden. Kommunen müssen finanziell so ausgestattet werden, dass Jugendclubs, Spielplätze, Schwimmbäder und Bibliotheken nicht aus Geldmangel schließen.

- **Welche konkreten Prioritäten setzen Sie, um gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen Sachsen-Anhalts zu gewährleisten – insbesondere in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Gesundheitsversorgung, Bildung sowie Freizeit- und Kulturangebote?**

Wir streben die Gründung einer Landeswohnungsgesellschaft an, um gezielt bezahlbare, familiengerechte und barrierefreie Mietwohnungen zu bauen und bewirtschaften. Wir setzen uns für Mietpreisbremse und Kappungsgrenzen ein durch das Nutzen rechtlicher Instrumente in angespannten Märkten sowie die Förderung von Genossenschaften und kommunalen Wohnungsgesellschaften. Fördergelder sollen in die Sanierung von Leerständen im ländlichen Raum fließen, statt privates Eigentum zu subventionieren.

Auch im tiefsten ländlichen Raum soll es von früh bis spät mindestens im Stundentakt Anschlüsse an den Nahverkehr geben. Wo feste Linienbusse unwirtschaftlich sind, müssen verlässliche Rufbusse und On-Demand-Angebote mit einheitlichen Standards und Preisen die Lücken schließen. Stillgelegte Schienenstrecken und Haltepunkte werden reaktiviert, während neue Autobahnprojekte nicht finanziert werden.

Im Gesundheitsbereich unterstützen wir die Überführung von Kliniken in die öffentliche Hand, um weitere Schließungen von privaten Konzernkliniken im ländlichen Raum aus Rentabilitätsgründen dauerhaft zu verhindern. Zudem wollen wir den Aufbau von kommunal betriebenen Medizinischen

Versorgungszentren (MVZ), um ambulante Ärzte im ländlichen Raum anzusiedeln.

- **Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den ländlichen Raum gezielt stärken und der Abwanderung von Familien sowie jungen Menschen entgegenwirken?**

Zu den bereits weiter oben aufgeführten Punkten, wollen wir bspw. Schulen auf dem Land zu voll ausfinanzierten Ganztagschulen entwickeln, inklusive verlässlicher Hausaufgabenbetreuung und Freizeitangeboten am Nachmittag. Der ÖPNV soll ausgebaut werden und Schüler, Azubis und Freiwilligendienstleistende fahren komplett kostenfrei mit Bus und Bahn. Im Bildungsbereich kämpfen wir für die Absenkung der Mindestprüfgrößen für Schulstandorte, damit Kinder im ländlichen Raum kurze Wege und kurze Wege haben. Freiwillige kommunale Leistungen (wie Bibliotheken, Schwimmbäder, Theater und Jugendclubs) sollen zu gesetzlichen Pflichtaufgaben umgewidmet werden, damit Kommunen im Haushaltsnotstand diese nicht zuerst schließen müssen.

- **Wie sichern und verbessern Sie eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung – insbesondere im ländlichen Raum?**

Die Linke fordert, insolvenzbedrohte oder private Kliniken schrittweise in kommunales oder Landeseigentum zu überführen. Auf Bundes- und Landesebene kämpfen wir für ein Finanzierungssystem, das die tatsächlichen Vorhaltekosten (Personal, Betten, Notaufnahme) deckt, statt Behandlungen nach Pauschalen (DRG) abzurechnen.

Da sich immer weniger freiberufliche Haus- und Fachärzte im ländlichen Raum niederlassen, will Die Linke kommunale oder landeseigene MVZ gründen. In diesen Zentren arbeiten Ärzte im Angestelltenverhältnis mit geregelten Arbeitszeiten und ohne das finanzielle Risiko oder den bürokratischen Aufwand einer eigenen Praxis. Dies soll den ländlichen Raum für junge Mediziner attraktiver machen.

Die Linke fordert die flächendeckende, landesfinanzierte Einführung von qualifizierten Gemeindeschwestern (oder spezialisierten Praxisassistentinnen). Diese fahren direkt zu älteren oder chronisch kranken Patienten auf dem Land, übernehmen Routinekontrollen (Blutdruck, Verbandswechsel, Blutabnahme) und halten digital Rücksprache mit dem behandelnden Arzt. Rettungsdienste müssen flächendeckend durch Landkreise oder Hilfsorganisationen betrieben werden, um die gesetzlichen Hilfsfristen einzuhalten. Geschlossene Geburtsstationen im ländlichen Raum

sollen reaktiviert werden, um werdenden Müttern lange und gefährliche Anfahrtswege in die Zentren zu ersparen.

2. Frühkindliche Bildung / Kita-Qualität

Studien weisen seit Jahren auf kritische Fachkraft-Kind-Relationen in Sachsen-Anhalt hin.

- **Welche verbindlichen Zielwerte für den Fachkraft-Kind-Schlüssel streben Sie bis 2030 in Krippen und Kindergärten an? Wie werden diese im Landeshaushalt konkret finanziert?**

Zur Entlastung der pädagogischen Fachkräfte und zur Stärkung der frühkindlichen Bildung wollen wir die wissenschaftlichen Empfehlungen für Kita in die Praxis umsetzen, d.h. einen Personalschlüssel von 1:3 im U3-Bereich und von 1:7,5 im Ü3-Bereich in den Kitas. Gute pädagogische Arbeit, Sprachbildung, Inklusion und Elternarbeit sind nur mit ausreichend Zeit und Personal möglich. Damit sollen Ausfallzeiten, Urlaub, Krankheit und Elternarbeit realistisch berücksichtigt werden. Außerdem sollen Kita-Leitungen ausreichend freigestellte Zeit für Organisation, Personalführung, Qualitätsentwicklung und Zusammenarbeit mit Eltern erhalten.

Dafür wollen wir ein neues transparentes Finanzierungssystem einführen, das sich an den tatsächlichen Personalkosten orientiert und die Finanzierungsanteile der Gemeinden und der Eltern aufhebt. Die Planung und Finanzierung der Kindertageseinrichtungen sollen in eine Hand bei den Landkreisen und kreisfreien Städten gelegt werden, denen das Land die zusätzlichen Kosten für den Wegfall der bisherigen Elternbeiträge sowie die höheren Kosten durch bessere Personalschlüssel durch das Land vollständig erstattet.

- **Wie sichern Sie die Qualität der Kita-Arbeit bei sinkenden Kinderzahlen – beispielsweise durch Kita-Sozialarbeit?**

Im Rahmen der verbesserten Personalschlüssel soll die pädagogische Arbeit der Erzieher*innen durch die Gewährung von Zeiten für die Vor- und Nachbereitung qualifiziert werden. Außerdem sollen alle Erzieher*innen regelmäßig zum Programm „Bildung elementar – Bildung von Anfang an“ fortgebildet werden.

Sozialarbeiter*innen begleiten und unterstützen die Lern- und Entwicklungsprozesse in Kitas und sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Kita, Familien und Jugendhilfe. Mit ihrer Hilfe können problematische Entwicklungen besser erkannt und bearbeitet werden. Außerdem soll die

Verzahnung von Kita und Schule durch gemeinsame Standards und Übergabeprozesse gestärkt werden. Wir setzen dabei auf verlässliche Regelstrukturen statt Projektlogik durch eine gesetzliche Verankerung mit verbindlichen Qualitätsstandards (Mindeststandards, Vertretungsmodelle, Supervision) und einer dauerhaften Finanzierung durch das Land mit einer leistbaren kommunalen Kofinanzierung.

- **Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um Kita- und Schulstandorte insbesondere im ländlichen Raum langfristig zu erhalten?**

Damit alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrem Wohnort Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung haben, kämpfen wir uns schon immer für den Erhalt von Kita-, Schul- und Hortstandorte! Dafür müssen die Personalschlüssel für Kitas und Horte und die Planungsvorgaben für den Bestand von Schulstandorten der demografischen Entwicklung angepasst werden. Insbesondere wollen wir die Mindestjahrgangsstärken für die Bildung von Anfangsklassen an öffentlichen Schulen aufheben und durch globale Personalzuweisungen ersetzen, damit Schulstandorte nicht mehr durch schwankende Schüler*innenzahlen zur Disposition gestellt werden und Schulträger selbst über den Erhalt und die Neuerrichtung von Schulstandorten entscheiden können.

- **Wie stellen Sie sicher, dass pädagogische Fachkräfte ausreichend auf die Begleitung von Kindern mit besonderen Lebenslagen, etwa mit belastenden Vorerfahrungen oder aus Pflege- und Adoptivfamilien, vorbereitet sind?**

Die Verbesserung des Personalschlüssels ist die entscheidende Voraussetzung, da gute pädagogische Arbeit nur mit ausreichend Vor- und Nachbereitung und gezielter Fortbildung gewährleistet werden kann. Das trifft insbesondere auf die Begleitung von Kindern mit besonderen Lebenslagen zu.

3. Schulbildung

- **Wie stellen Sie sicher, dass Schulsozialarbeit mindestens im bisherigen Umfang dauerhaft und verlässlich aus Landesmitteln finanziert wird?**

Die Schulsozialarbeit im bisherigen Umfang ist nicht ausreichend. Wir werden über ein eigenes Landesprogramm bis zu 1.200 Vollzeitstellen zur Verfügung stellen und dauerhaft aus dem Landeshaushalt finanzieren. Die Trägerschaft soll dabei weiterhin bei Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe verbleiben, die Landkreise und kreisfreien Städte als örtliche

Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe sollen mit 10% an den Personalkosten beteiligt werden.

- **Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie den Lehrkräftemangel nachhaltig beheben und eine stabile Unterrichtsversorgung in allen Schulformen und Regionen sicherstellen?**

Wir werden die Studienplätze an der OvGU in Magdeburg für die besonderen Mangelbereiche erweitern und dafür auch mehr duale Studiengänge anbieten. Die Wahl der studierten Unterrichtsfächer werden wir stärker am Bedarf ausrichten. Wir werden die Lehrkräfteausbildung insgesamt schrittweise von der bisherigen Ausrichtung auf bestimmte Schulformen auf zwei Schulstufen – die Primarstufe und die Sekundarstufe – umstellen. Wir werden die Qualifikation der Lehrkräfte im Seiteneinstieg so ausrichten, dass sie länger und erfolgreicher im Schuldienst des Landes arbeiten können. Wir werden die Arbeitsbedingungen für ältere Lehrkräfte so gestalten, dass das vorzeitige Ausscheiden aus dem Schuldienst deutlich reduziert wird.

- **Wie wollen Sie die Bildungsinhalte an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen – insbesondere in den Bereichen finanzielle Bildung, digitale Kompetenzen und soziale Fähigkeiten?**

Die Gestaltung von Bildungsinhalten ist die Aufgabe der Fachleute für das Lernen. Das sind zunächst die Lehrkräfte selbst und speziell das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung in Halle (LISA). Hier werden Lehrpläne erarbeitet und Fortbildungen konzipiert. Wir werden die Eigenverantwortung und pädagogischen Gestaltungsmöglichkeiten der Schulen erweitern und stärken und dafür sorgen, dass das LISA die ihm übertragenen Aufgaben erfüllen kann.

Dabei verstehen wir finanzielle Bildung als unabhängige Wirtschafts- und Verbraucherbildung. Schüler:innen sollen lernen, Verträge, Kredite, Versicherungen und alltägliche Finanzentscheidungen zu verstehen. Dazu gehören ebenso Kenntnisse über Löhne, Steuern, Sozialversicherungen, Arbeitnehmer:innenrechte und die Ursachen von Verschuldung. Schulen dürfen dabei nicht zur Werbefläche für Banken, Versicherungen oder andere Unternehmen werden. Geeignete Partner sind beispielsweise Verbraucherzentralen, Gewerkschaften und öffentlich finanzierte Beratungsstellen.

Digitale Bildung bedeutet für uns mehr als den sicheren Umgang mit Geräten und Programmen. Schule muss junge Menschen auf eine Arbeits- und Lebenswelt vorbereiten, in der Wissen schnell verfügbar ist, sich aber auch ständig verändert. Deshalb wollen wir vor allem kritisches Denken,

Kommunikation, Kollaboration und Kreativität stärken. Schüler:innen sollen Informationen prüfen, Probleme gemeinsam lösen, eigene Ideen entwickeln und digitale Werkzeuge selbstbestimmt und verantwortungsvoll einsetzen können. Dazu gehört auch, die Funktionsweise von Algorithmen, Plattformen und künstlicher Intelligenz zu verstehen und ihre gesellschaftlichen Folgen kritisch zu beurteilen.

Soziale Fähigkeiten entstehen dort, wo Schüler:innen Verantwortung übernehmen, zusammenarbeiten, Konflikte lösen und erfahren, dass ihre Stimme tatsächlich etwas bewirkt. Wir wollen die Rechte von Schüler:innen stärken und ihnen bei Fragen des Schulalltags und der Schulentwicklung echte Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten geben.

- **Welche Strategien verfolgen Sie, um den Übergang von der Schule in den Beruf zu verbessern?**

Wir wollen den Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf so gestalten, dass kein junger Mensch die Schule ohne Abschluss und ohne konkrete Perspektive verlässt. Dazu wollen wir erreichen, dass alle Schülerinnen und Schüler aus den Schulen der Sekundarstufe I zusätzlich zu den bisherigen Betriebspraktika über vier Schulhalbjahre – vom 2. Halbjahr der 7. Klasse bis zum 1. Halbjahr der 9. Klasse – einen regelmäßigen berufspraktischen Unterricht im Umfang von einem Tag je Unterrichtswoche erhalten. Dieser soll von freien Bildungsträger, Betrieben mit ausreichend großen Ausbildungsbereichen und berufsbildenden Schulen) organisiert werden.

Außerdem wollen wir die Bildung von Landesfachklassen und regionsübergreifenden Fachklassen mit Blick auf eine ausgewogene regionale Verteilung überprüfen, damit Ausbildung auch im ländlichen Raum erreichbar bleibt. Lassen sich größere Entfernungen nicht vermeiden, wollen wir Fahrt- und Unterbringungskosten durch Landesmittel und eine Beteiligung der Arbeitgeber angemessen mindern.

4. Familienbildung und Unterstützungsangebote

Die vom Land geförderten Familienzentren leisten einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung von Familien, insbesondere im ländlichen Raum.

- **Wie wollen Sie die derzeit nicht auskömmliche Finanzierung (aktuell 32.700 € für 0,7 VBE) verbessern und eine bedarfsgerechte Förderung sicherstellen?**

Die Linke misst Familienzentren eine hohe Bedeutung bei. Sie sind wichtige Orte der Beratung, Begegnung und Unterstützung für Familien und leisten insbesondere im ländlichen Raum einen unverzichtbaren Beitrag zur sozialen Infrastruktur und zur Chancengleichheit. Die derzeitige Förderung deckt die tatsächlichen Personal- und Sachkosten nicht und erschwert eine verlässliche Planung.

Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte und dynamisierte Förderung ein, die sich an den realen Kostenentwicklungen, insbesondere bei Löhnen und Betriebskosten, orientiert. Ziel ist eine langfristig gesicherte Finanzierung, die den Familienzentren ermöglicht, qualifiziertes Personal zu halten, ihre Angebote auszubauen und den unterschiedlichen regionalen Bedarfen gerecht zu werden. Darüber hinaus müssen die Fördersätze regelmäßig überprüft und soziale und regionaler Bedarfe bei der Mittelvergabe stärker berücksichtigt werden.

5. Familienarmut und besondere Bedarfe

Familienarmut betrifft zahlreiche Haushalte und führt zu erheblichen sozialen und psychischen Belastungen. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Familien mit behinderten Mitgliedern, die oft besondere Bedarfe haben. Diese reichen von ausreichender Ernährung und angemessenem Wohnraum bis hin zu speziellen Bildungs- und Gesundheitsangeboten. Armut schränkt die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben massiv ein und erhöht das Risiko für Entwicklungsdefizite bei Kindern. Effektive Unterstützungsmaßnahmen müssen daher ganzheitlich sein, individuelle Bedürfnisse berücksichtigen und den Zugang zu sozialen Diensten erleichtern, um langfristige Verbesserungen zu erreichen und soziale Ungleichheit zu verringern.

- **Welche konkreten landespolitischen Maßnahmen planen Sie in der kommenden Legislaturperiode, um Kinder- und Familienarmut wirksam zu reduzieren – insbesondere bei Alleinerziehenden und Mehrkindfamilien?**
- **An welchen messbaren Zielen wollen Sie den Erfolg Ihrer Maßnahmen festmachen?**

In der nächsten Legislaturperiode beabsichtigen wir weiterhin, gezielte Maßnahmen durchzuführen, um Kinder- und Familienarmut wirkungsvoll zu verringern. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf Alleinerziehenden sowie Familien mit mehreren Kindern. Dazu gehören unter anderem die Ausweitung der finanziellen Förderungen durch bedarfsorientierte Kinderzuschläge und die intensivere Nutzung des Bildungs- und Teilhabepakets. Letzteres

erleichtert besonders Betroffenen den Zugang zu Bildungsangeboten, Freizeitmöglichkeiten und gesundheitsfördernden Aktivitäten.

Außerdem setzen wir auf eine Kombination aus direkter finanzieller Entlastung, kostenfreier Teilhabe sowie verbesserten und leichter zugänglichen Unterstützungsangeboten. Bereits in dieser Wahlperiode hatten wir uns auf Landesebene nachdrücklich für die Schaffung eines Runden Tisches für Alleinerziehende eingesetzt. Dieser soll es Eltern ermöglichen, politische Entscheidungen und deren Folgen eigenständig zu überprüfen, um einen langfristigen Aktionsplan für Alleinerziehende mit konkreten Maßnahmen für ein familienfreundliches Sachsen-Anhalt zu entwickeln. Wir werden diesen Antrag auch in der kommenden 9. Wahlperiode erneut im Landtag einbringen.

Gemeinsam mit dem Netzwerk gegen Kinderarmut setzen wir uns weiterhin engagiert für eine signifikante Senkung der Kinderarmutsquote ein. Darüber hinaus soll der Anteil der Kinder aus armutsgefährdeten Familien, die an zusätzlichen Bildungs- und Freizeitangeboten teilnehmen, deutlich steigen. Mit einer Vielzahl von Maßnahmen und klaren Zielvorgaben möchten wir Familien gezielt stärken und Kinderarmut dauerhaft bekämpfen.

Darüber hinaus ist geplant, sogenannte mobile „Bürokratie-Lotsen“ einzuführen, die vor allem Familien im ländlichen Raum vor Ort bei der Orientierung, Beantragung von Leistungen sowie bei der Bewältigung der damit verbundenen bürokratischen Hürden unterstützen und beraten. Dabei wird besonders auf die individuellen Bedürfnisse der Familien Rücksicht genommen.

6. Verteilung von Sorgearbeit / Gleichstellung

Studien zeigen weiterhin eine ungleiche Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Müttern und Vätern.

- **Welche konkreten landespolitischen Maßnahmen unterstützen Sie, um eine partnerschaftliche Aufteilung zu fördern?**

Um eine partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Müttern und Vätern zu fördern, sollten landespolitische Maßnahmen gezielt ansetzen. Zunächst ist der Ausbau in die Infrastruktur und die bessere finanzielle Ausstattung von Kindertagesstätten und Ganztagschulen notwendig, um beiden Elternteilen weiterhin flexible Betreuungsmöglichkeiten zu bieten.

Zudem sollte das Landesrecht Elternzeit-Modelle unterstützen, die eine gleichmäßige Aufteilung ermöglichen, etwa durch zusätzliche Anreize für Väter, ihre Elternzeit zu nehmen. Auch die Förderung von Teilzeitmodellen für Väter und Mütter ist wichtig, damit beide Berufs- und Familienleben besser vereinbaren können. Öffentlichkeitsarbeit und Bildungskampagnen zur Sensibilisierung für partnerschaftliche Rollenbilder können traditionelle Geschlechterstereotype abbauen.

Schließlich sollten Arbeitgeber durch Landesprogramme unterstützt werden, familienfreundliche Arbeitsbedingungen zu schaffen, die eine gemeinsame Verantwortung erleichtern. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, Gleichstellung in Familie und Beruf zu stärken.

- **Welche Rolle sollen Schulen und Kitas bei der Vermittlung von Geschlechterrollen und Gleichstellung einnehmen?**

Schulen und Kitas spielen eine zentrale Rolle bei der Vermittlung von Geschlechterrollen und Gleichstellung. Sie sind wichtige Sozialisationsorte, an denen Kinder und Jugendliche grundlegende Werte und Normen erlernen. Deshalb sollten Bildungseinrichtungen aktiv dazu beitragen, stereotype Geschlechterbilder aufzubrechen und Vielfalt zu fördern. Durch altersgerechte pädagogische Ansätze können sie Kindern ein Bewusstsein für Gleichberechtigung vermitteln und respektvollen Umgang miteinander stärken. Gleichzeitig bieten Schulen und Kitas Räume, in denen verschiedene Lebensentwürfe sichtbar und anerkannt werden. Lehrkräfte sollten kontinuierlich im Bereich Genderkompetenz geschult werden, um Vorurteile zu vermeiden und faire Lernbedingungen zu schaffen. Insgesamt tragen Bildungseinrichtungen so dazu bei, dass zukünftige Generationen in einer gerechteren Gesellschaft aufwachsen und Geschlechtergerechtigkeit als selbstverständlichen Wert verinnerlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Röttschke
Landesgeschäftsführer

